

ÖSTERREICHISCH-



ISRAELISCHE GESELLSCHAFT

חברה אוסטריה-ישראל

schalom

Zeitschrift der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft

58. Jahrgang

3/2026

€ 3,-



Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1080 Wien P.b.b. GZ02Z031415M

Israel wählt.

Leitartikel

schalom 2026/03

»Rettet den Westen!« rief Matthias Döpfner in der »Welt« vom 24. August 2026 auf. In seinem langen Artikel nimmt die gegenwärtige Beziehung des »Westens« zu Israel einen nicht unbedeutenden Platz ein. Mit Absicht steht »Westen« hier in Anführungszeichen: Gemeint ist keine Himmelsrichtung, sondern eine Daseinsform, die auf Jerusalem, Athen und Rom wurzelt, vom Christentum vermittelt und von der europäischen Aufklärung durchdrungen ist.

Auf Rom geht das Rechts- und Staatswesen, die res publica, zurück; auf Athen Kunst, Wissenschaft und Philosophie. Jerusalem aber steht für die jüdische Idee der Ebenbildlichkeit eines jeden Menschen mit dem Ewigen: dass alle Menschen gleich geschaffen sind. Griechen und Römer haben uns längst verlassen, Juden hingegen tradieren ihr Vermächtnis über Jahrtausende, durchweben weiterhin den »Westen« und finden seit Herzls Idee in Israel wieder ihren Anker. Wir können nicht vom »Westen« sprechen, ohne an diesen Einfluss zu denken.

Nun aber, so Döpfner, schwächt sich der Westen, satt und müde geworden, aus dem von der Woke-Bewegung mit ungeheurer Vehemenz angetriebenen schlechten Gewissen selbst. Diese sei »der Inbegriff des antifreiheitlichen Dreiecks, in dem sich Antisemitismus, Antiamerikanismus und Antikapitalismus untrennbar miteinander verbinden. Das antifreiheitliche Dreieck ist der Antiwesten.« Ihre Methoden seien »überwiegend autoritär«, der von Selbstverachtung geprägte Kulturrelativismus »toxisch«.

Am erfolgreichsten okkupiert die Woke-Bewegung die Universitäten. »Einige Fachbereiche«, schreibt Oliver Zimmer in der NZZ, »haben der Trennung von Politik und Wissenschaft schon längst den Kampf angesagt.« Das trifft besonders auf Disziplinen zu, die das Wort »Studies« in ihrem Namen tragen.

Die »Postcolonial Studies« sind dafür das Paradebeispiel. Sie verstehen sich als Kritik an kolonialen Machtstrukturen in Wissenschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft. Nicht Erkenntnis, sondern ideologiegeleitete Kritik wird so zur Essenz. Kein Wunder, dass Israel dabei als angeblicher Kolonialstaat erscheint und diese ideologische Engführung in eine Kaschierung von Judenhass münden kann.

Mena-watch zitierte dazu am 11. Oktober 2025 den Philosophen und Sozialwissenschaftler Ingo Elbe, der die postkoloniale Theorie als manichäisch und eng mit antisemitischen Denkmustern sowie der Delegitimierung Israels verknüpft kritisiert. Hoffnung, dass dieser Einfluss seinen Zenit überschritten habe, habe er nicht: »Ich glaube, dass wir selbst in Deutschland noch nicht mal auf dem Höhepunkt des Einflusses dieses Denkens sind.«

Zwar ist es, wie Döpfner meint, »schwer zu fassen«, doch aus woker Sicht erscheint es konsequent, »dass der Angriff der Hamas auf Israel nicht zu einer weltweiten Welle der Solidarität mit Israel, sondern zu einer massiven Welle von Antisemitismus geführt hat.« Döpfner erkennt darin die erschreckende Wucht einer antiisraelischen und zugleich antiwestlichen Geisteshal-

tung. »Antisemitismus ist ein fast popkulturell geprägter Zeitgeist vor allem jüngerer Menschen.«

Wenn diese jungen Leute »From the River to the Sea« skandieren, wollen sie Israel im Speziellen und den Westen als Ganzes untergehen sehen. Darum ist Döpfners Gegenruf für beide, für den Westen wie für Israel, eindringlich verkündet und an uns alle gerichtet.



Foto: Paul Gruber

Prof. Dr. Rudolf Taschner, Abg. z NR
Erster Präsident der Österreichisch-
Israelischen Gesellschaft

**Werden auch Sie Mitglied
der Österreichisch-
Israelischen Gesellschaft!**

Die Freundschaft mit den Menschen
in Israel ist uns wichtig!
Das Formular finden Sie auf
unserer Website: www.oeig.at
Unterstützen Sie bitte unsere Arbeit
und erwägen Sie ein Spende!



Gedruckt nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens »Druckerzeugnisse«,
Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 21, Reprographie, UW-Nr 835

Gedruckt auf ökologischem Papier aus der Mustermappe von »ÖkoKauf Wien«.
CO2 kompensiert produziert

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder der ÖIG!

Israel wählt am 27. Oktober 2026 ein neues Parlament. Diese Wahl ist nicht irgendeine Wahl, sondern eine für die Zukunft des Landes und seiner Freunde entscheidende. Möglicherweise auch für die Zukunft der Demokratie nach »westlichem« Muster. Beide Präsidenten der ÖIG haben sich dazu intensiv Gedanken gemacht, Prof. Dr. Rudolf Taschner zitiert gleich in seinen einleitenden Worten die Sorge des Springer- Verlegers Mathias Döpfner um die Zukunft der Demokratie.

Seit Theodor Herzl besteht der Wunsch, dass Juden in ihrem Staat in Frieden leben können. Der Weg dorthin ist steiniger denn je, doch er existiert weiter. Peter Florianschütz M.A. MLS zeichnet diesen Weg in seinem Beitrag auf. Israel kann ihn nicht allein gehen, ohne auf die Palästinenser zu achten, die ihn auch nutzen werden. Die Frage ist, in welcher Form? Auch für sie ist nach 20 Jahren (!) im November eine Wahl angesagt. Diese Form kann sich auch für Israel sehr nachteilig erweisen, unter anderem durch unkritisch verbreitete antisemitische Propaganda im internationalen universitären Bereich. Wie die Universitäten damit umgehen, schildert Univ. -Prof. Dr. Kerstin Neumann in ihrem Beitrag, u.a. über einen Kongress zum Thema »Contemporary Antisemitism« an der Universität Haifa in Israel.

Das Wahlsystem in Israel funktioniert anders als in Österreich. Es ermöglicht Wahlbündnisse, verteilt Reststimmen und kennt nur einen Wahlkreis. Wir haben versucht, die Mechanismen ein wenig zu strukturieren und auch zu den wahlkämpfenden Parteien einen Überblick zu vermitteln. Im Beitrag ist auch eine Liste von Informationsquellen genannt.

Monatelange Trockenheit und Temperaturen um die 40 Grad Celsius sind Standardbedingung für die israelische Landwirtschaft. Für Österreich hat Israel sicher einige Lösungsvorschläge in der Retorte: In Kooperation mit Universitäten, Privatwirtschaft und internationalen Partnern forscht das Volcani-Institut schon seit vor der Staatsgründung zum Thema.

In dieser Ausgabe gibt es auch einiges zu einem sonst selten im Schalom besprochenen Thema: Sport. Vom wechselhaften Leben des Basketballstars Miki Berkovich ist die Rede, und demnächst gibt's auch Fußball! UEFA-Cup Österreich : Israel und umgekehrt in Linz am 24. September und in Debrecen am 17. November. Der ORF überträgt... Zur Geschichte des jüdischen Fußballs kann man sich gleich in einem der von Peter Florianschütz vorgestellten Bücher einlesen. Dass es sich darin nicht nur um Sport dreht ist naheliegend. Auch die anderen zum Antisemitismus, zum 7. Oktober und zu Problemen der Linken mit sich selbst sind absolut lesenswert. Die Minis zeigen wie üblich Kurzeindrücke aus und über Israel.

Im nächsten Heft dann spannende Wahlanalysen!
Schalom!
Bettina Müller

Israel am Scheideweg –
eine Richtungswahl über
die Zukunft des Landes
Eine Chance für Palästina?
Wahlen in Israel
Reflexionen über moderne
Formen des Antisemitismus
in Universitäten und
Gesellschaft
Basketballstar
Miki Berkovich
Landwirtschaftliche
Forschungsorganisation
ARO/Volcani-Institut
Minischaloms
exlibris

Österreichisch-Israelische Gesellschaft (ÖIG),
Lange Gasse 64/15, 1080 Wien, Österreich,
www.oelig.at, office@oelig.at

Rudolf Taschner und Peter Florianschütz

Tobias Hübner-Weninger
Bettina Müller, Rudolf Taschner,
Peter Florianschütz, Tobias Hübner-Weninger
Ulrike Mayrhuber

Bank Austria, IBAN: AT561100000262620801,
BIC: BKAUATWW

Die Meinungen in den Artikeln von Schalom sind diejenigen der Autor_innen und repräsentieren nicht die offizielle Position der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft. Jeder Autor trägt die Verantwortung für seinen Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion nimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Beiträge und Leserzuschriften können auch redaktionell gekürzt wiedergegeben werden.

Titelbild Cover: Magnific

Israel am Scheideweg – eine Richtungswahl über die Zukunft des Landes

Von Peter Florianschütz

Am 27. Oktober wählen die Israelis eine neue Knesset. Es ist eine Wahl, deren Bedeutung weit über die Entscheidung zwischen Benjamin Netanyahu und seinen Herausforderern hinausgeht. Israel steht vor einer grundlegenden Richtungsentscheidung: Welches Land will es nach den traumatischen Jahren seit dem 7. Oktober 2023 sein?

Das Land hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Die Zusammensetzung der Bevölkerung, die wirtschaftliche Entwicklung und nicht zuletzt die Grundstimmung der Menschen ist anders geworden. Das hängt mit der Einwanderung aber ebenso mit der Tatsache zusammen, dass das Land seit 1948 im ständigen Krieg und unter Bedrohung leben muss.

Das macht etwas mit den Menschen, die Militarisierung der Gesellschaft verbraucht viel Kraft und Kreativität, die anderswo fehlt. Der Elan von Oslo, wenn es ihn den je wirklich tiefgreifend gegeben hat, ist spätestens seit dem 7. Oktober 2023 verloren und was schlimmer ist, ist der nachhaltige Verlust von Hoffnung. Die politische Situation liegt wie ein bleierner Mantel über dem Land und die dringenden Fragen für die Zukunft sind weitgehend unbeantwortet. Wie kann es Sicherheit gewährleisten, ohne Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu beschädigen? Wie kann es aus seiner zunehmenden internationalen Isolation herausfinden? Und vor allem: Gibt

es noch einen politischen Weg zu einem Zusammenleben von Israelis und Palästinensern, der beiden Völkern Sicherheit, Freiheit und Selbstbestimmung ermöglicht? Diese Wahl ist eine Richtungsfrage auch über die Zukunft des zionistischen Projektes, Israel steht am Scheideweg.

Sicherheit braucht eine politische Perspektive

Der Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 war eines der schlimmsten Verbrechen in der Geschichte Israels. Die Ermordung, Verschleppung und Misshandlung von Menschen hat sich tief in das kollektive Bewusstsein des Landes eingegraben. Israel hatte und hat das Recht, seine Bürgerinnen und Bürger gegen Terrorismus zu schützen.

Gerade Freunde Israels dürfen darüber keinen Zweifel aufkommen lassen. Aber aus diesem Recht folgt nicht, dass jede Form militärischen Handelns richtig und verhältnismäßig ist. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen vielmehr die Grenzen einer Politik, die Sicherheit überwiegend militärisch definiert. Die verheerenden Folgen des Krieges für die palästinensische Zivilbevölkerung, die Zerstörungen in Gaza und die humanitäre Not können nicht ignoriert werden. Die zentrale Erkenntnis muss deshalb lauten: Sicherheit lässt sich langfristig nicht ausschließlich militärisch herstellen.

Israel wird auf Dauer nur sicher leben können, wenn auch die Paläs-

tinenser eine Perspektive auf ein Leben in Sicherheit, Freiheit und Würde haben. Und umgekehrt kann es keine Freiheit für die Palästinenser geben, wenn die Sicherheit und das Existenzrecht Israels infrage gestellt werden.

Zurück in die internationale Gemeinschaft

Eine der großen Herausforderungen für die nächste israelische Regierung wird es sein, das verloren gegangene internationale Vertrauen zurückzugewinnen. Israel braucht Freunde und Verbündete. Gerade angesichts der Bedrohungen durch den Iran und terroristische Organisationen wäre die Vorstellung gefährlich, Israel könne seine Zukunft allein auf militärische Stärke gründen. Die Beziehungen zu Europa und den Vereinigten Staaten sind deshalb weit mehr als außenpolitische Zweckbündnisse. Israel versteht sich als jüdischer und demokratischer Staat. Damit gehört es politisch und gesellschaftlich zur Gemeinschaft demokratischer Staaten. Demokratie bedeutet mehr als Wahlen. Sie bedeutet Gewaltenteilung, unabhängige Gerichte, freie Medien, eine kritische Zivilgesellschaft und den Schutz von Minderheiten.

Die heftigen Auseinandersetzungen, um die von Netanyahus Regierung betriebene Schwächung der Justiz haben gezeigt, wie tief die Sorge um diese demokratischen Grundlagen in der israelischen Gesellschaft reicht. Hunderttausende Israelis haben für ihre Demokratie



demonstriert. Diese lebendige Zivilgesellschaft gehört zu den größten Stärken des Landes.

»Alle Israelis haben das Recht, ohne Terror, Raketenangriffe und antisemitische Bedrohung zu leben.«

Menschenrechte sind unteilbar

Eine demokratische Politik muss einen einfachen Grundsatz vertreten: Menschenrechte sind universell. Alle Israelis haben das Recht, ohne Terror, Raketenangriffe und antisemitische Bedrohung zu leben. Arabische Israelis haben Anspruch auf vollständige gesellschaftliche und politische Gleichberechtigung. Palästinenser haben ebenfalls ein Recht auf Menschenwürde, Freiheit, Sicherheit und politische Selbstbestimmung. Diese Position ist weder antiisraelisch noch Ausdruck einer vermeintlichen Neutralität gegenüber Terrorismus. Im Gegenteil: Gerade wer für Israel und sein Existenzrecht eintritt, muss daran interessiert sein, dass Israel eine Demokratie bleibt, deren Handeln sich an Recht und Menschenrechten orientiert. Das gilt auch für das Westjordanland. Die Gewalt extremistischer Siedler muss konsequent verfolgt werden. Eine weitere Expansion von Siedlungen, die eine territoriale Lösung des Konflikts immer schwieriger macht, kann nicht im Interesse eines demokratischen und langfristig sicheren Israel liegen.

Die Zwei-Staaten-Lösung bleibt notwendig

Man kann mit guten Gründen daran zweifeln, ob eine Zwei-Staaten-Lösung nach Jahrzehnten des Scheiterns kurzfristig verwirklicht werden kann. Langfristig ist sie aber die einzige Perspektive. Ein demokratischer jüdischer Staat Israel und ein lebensfähiger palästinensischer Staat, die nebeneinander in anerkannten und sicheren Grenzen existieren, bleiben deshalb das politische Ziel.

Eine palästinensische Perspektive kann es nicht mit einer palästinensischen Regierung unter welcher Beteiligung auch immer geben, die Terrorismus legitimiert und Israels Existenzrecht bestreitet. Es braucht eine erneuerte, demokratisch legitimierte palästinensische politische Führung jedenfalls unter Ausschluss der Hamas und ihr ähnlicher Gruppierungen. Aber auch Israel muss Entscheidungen treffen. Ein jüdischer und demokratischer Staat ist auf Dauer mit einer fortdauernden Besetzung in einem unauflösbaren Widerspruch. Die Zwei-Staaten-Perspektive ist deshalb keine Belohnung für Terror. Sie ist eine strategische Entscheidung für die Zukunft Israels.

Die soziale Frage gehört stärker auf die Tagesordnung

Israel ist eine hoch entwickelte Gesellschaft mit einer innovativen Wirtschaft und einem weltweit erfolgreichen Technologiesektor. Gleichzeitig bestehen erhebliche soziale

Unterschiede. Hohe Wohnkosten, steigende Lebenshaltungskosten, ungleiche Bildungschancen und die unterschiedliche Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen am Arbeitsmarkt und am Militärdienst sorgen für Spannungen.

Ein starker Sozialstaat, gute öffentliche Bildung, leistbares Wohnen und ein leistungsfähiges Gesundheitssystem sind keine Nebenthemen, sie sind ursprünglich Kernelemente des zionistischen Traumes. Sie entscheiden darüber, ob eine Gesellschaft zusammenhält. Das gilt insbesondere für ein Land, dessen Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren enorme Belastungen tragen mussten.

Eine Alternative zum Status Quo – aber wofür?

Eine Mehrheit gegen den Status Quo ist noch keine politische Alternative. Israel braucht mehr als einen personellen Wechsel. Eine neue Regierung müsste bereit sein, die demokratischen Institutionen zu stärken, die gesellschaftliche Polarisierung zu überwinden und eine politische Initiative gegenüber den Palästinensern zu beginnen. Sie müsste gleichzeitig Israels Sicherheit gewährleisten und die Beziehungen zu seinen internationalen Partnern erneuern. Dazu gehört auch die Bereitschaft, arabische Bürgerinnen und Bürger Israels nicht als politische Randgruppe zu behandeln. Rund ein Fünftel der israelischen Bevölkerung ist arabisch. Eine Demokratie kann es sich nicht leisten, einen bedeutenden Teil ihrer Bevölkerung

dauerhaft von politischer Gestaltung auszuschließen.

Frieden ist keine Schwäche

Frieden bedeutet nicht, Bedrohungen zu ignorieren. Er verlangt die Fähigkeit zur Verteidigung. Aber militärische Stärke muss einer politischen Strategie dienen und darf sie nicht ersetzen. Das war und könnte wieder die Stärke israelischer Politik sein. Israel braucht eine Politik, die beides miteinander verbindet: die kompromisslose Verteidigung seines Existenzrechts und die Bereitschaft zum politischen Ausgleich. Intern und mit den Nachbarn, mit denen das möglich ist. Das ist auch die Lehre aus der Geschichte erfolgreicher israelischer Friedenspolitik. Der Frieden mit Ägypten und Jordanien entstand nicht, weil plötzlich alle Konflikte verschwunden waren, son-

dern weil die politische Führung bereit war, aus militärischer Stärke politische Lösungen zu entwickeln.

Nach der Katastrophe des 7. Oktober 2023 ist die Frage der Überwindung der Spaltungen in der israelischen Gesellschaft und die Heilung der erlittenen Wunden sehr wichtig und wären ein Beweis für die nachhaltige Resilienz Israels.

Eine Richtungsentscheidung

Am 27. Oktober geht es deshalb um mehr als eine andere Regierungsmehrheit. Die Israelis entscheiden darüber, welchen Weg ihr Land einschlagen soll. Soll Israel den Weg einer immer stärker nationalistischen und religiös geprägten Politik fortsetzen, in der territoriale Ansprüche, Siedlungspolitik und militärische Stärke zunehmend die politische

Perspektive ersetzen? Oder gelingt eine Neuorientierung hin zu einem Israel, das Sicherheit und Frieden, jüdische Identität und Demokratie, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg miteinander verbindet?

Die Alternative lautet nicht Sicherheit oder Frieden. Nicht Israel oder Palästina. Nicht jüdischer Staat oder Demokratie. Die Herausforderung besteht darin, diese Ziele miteinander zu verbinden.

Israel steht am Scheideweg. Die Wahl am 27. Oktober bietet die Chance für einen politischen Neubeginn – für ein sicheres, soziales und demokratisches Israel, für eine neue Friedensperspektive und für die Rückkehr Israels in die Mitte der internationalen Gemeinschaft.

Wir wünschen ein gesegnetes und süßes Neujahrsfest!

SCHANA TOWA U'METUKA!

Einstieg bis 31. Dezember

Schulpflicht am JBBZ abschließen

9. Schuljahr oder ein
freiwilliges 10./11. machen

Information und persönliche Beratung
Jüdisches Berufliches Bildungszentrum



Mit finanzieller Unterstützung des



01/33106 500

boi@jbbz.at

www.jbbz.at

@jbbz.at

Eine Chance für Palästina?

Von Peter Florianschütz

Am 28. November 2026 sollen die Palästinenser ein neues Parlament wählen. Sollte die Wahl tatsächlich in Ostjerusalem, im Westjordanland und im Gazastreifen stattfinden, wäre sie ein historisches Ereignis. Seit 2006 gab es keine Wahl zum palästinensischen Legislativrat. Eine ganze Generation ist herangewachsen, ohne jemals an einer nationalen Parlamentswahl teilgenommen zu haben.

Nach Jahren des Krieges, der politischen Spaltung und der Perspektivlosigkeit könnte die Wahl die Chance auf demokratische Erneuerung und neue politische Legitimität. Seit dem Konflikt zwischen Hamas und Fatah ist das palästinensische Gemeinwesen politisch und territorial gespalten. Die palästinensische Autonomiebehörde hat ein erhebliches Legitimitätsproblem.

Stand 4. September 2026 gibt es erstmals seit Langem eine belastbare Datengrundlage für die geplanten palästinensischen Parlamentswahlen am 28. November 2026¹⁾. Die wichtigste aktuelle Umfrage stammt vom Palestinian Center for Policy and Survey Research (PCPSR) vom August 2026.

Aktuelle Prognose

Wenn tatsächlich am 28. November gewählt würde, ergibt sich unter den wahrscheinlichen Wählerinnen und Wählern ungefähr folgendes Bild (siehe Tabelle in der nächsten Spalte)

Politische Kraft	derzeitige Wahlabsicht
Fatah	32 %
Hamas	29 %
Dritte Parteien /Listen	18 %
übrige/ unentschieden	ca. 21 %

Damit liegen Fatah und Hamas praktisch gleichauf. Der Vorsprung der Fatah von drei Prozentpunkten liegt innerhalb der Fehlermarge der Umfrage von $\pm 3,5$ Prozentpunkten. Einen eindeutigen Favoriten gibt es daher derzeit nicht.

Besonders interessant ist die Entwicklung: Hamas hat deutlich an Zustimmung verloren. Bei der allgemeinen Parteienpräferenz (nicht bei der konkreten Wahlabsicht) fiel sie innerhalb von zehn Monaten von 35 auf 24 %. Fatah liegt ebenfalls bei 24 %, blieb aber ungefähr stabil. Im Westjordanland ist der Rückgang der Hamas besonders stark – von 32 auf 18 %. Im Gazastreifen sank sie von 41 auf 33 %.

Das eigentliche Potenzial liegt außerhalb von Fatah und Hamas

Politisch vielleicht noch wichtiger ist, dass 44 % meinen, dass weder Hamas noch die von Abbas geführte Fatah es verdienen, das palästinensische Volk zu repräsentieren und zu führen. Das eröffnet unabhängigen Listen, Reformbewegungen und möglichen Wahlbündnissen erheblichen Raum. Genau deshalb könnten

die endgültigen Kandidatenlisten entscheidend werden. Die Registrierung der Listen läuft erst vom 26. September bis 7. Oktober; der eigentliche Wahlkampf beginnt am 6. November.

Wird die Wahl überhaupt stattfinden?

Hier liegt weiterhin die größte Unsicherheit. Nur 49 % der Befragten glauben, dass die Parlamentswahl tatsächlich im November stattfinden wird; 44 % glauben das nicht. Noch skeptischer sind die Palästinenser hinsichtlich ihrer Qualität: Rund zwei Drittel erwarten keine freien und fairen Wahlen.

Aufgrund der momentanen Prognosen, die eine Niederlage der Regierung von Abbas als wahrscheinlich sehen ist eine neuerliche Absage der Wahl zumindest nicht unerwartet. Die Schuld dafür würde die PA Führung, wie schon in der Vergangenheit, Israel zuordnen.

Die Zentrale Wahlkommission hält allerdings derzeit ausdrücklich am 28. November 2026 fest und setzt die organisatorischen Vorbereitungen fort²⁾.

1) Press Release: Public Opinion Poll No (97) | PCPSR, abgefragt am 2026.09.04
2) https://www.elections.ps/tabid/1319/language/en-US/Default.aspx?utm_source=chatgpt.com, abgefragt 2026.09.04

Wahlen in Israel

Von Bettina Müller

Die Knesset

Wenn nichts dazwischenkommt – und das ist diesmal der Fall – werden in Israel alle vier Jahre Wahlen zur Knesset abgehalten. Die kommende Wahl findet am 27. Oktober 2026 regulär nach vier Jahren Amtszeit statt und es werden 120 Abgeordnete in ein Einkammerparlament gewählt. Das heißt, 61 oder mehr Mandate sind für die regierungsbildende Mehrheit notwendig. Es gibt nur einen Wahlkreis: das Staatsgebiet. Man wählt Parteien oder Listen, wer innerhalb einer Partei oder Liste ein Mandat übernimmt, wird nach partei- oder listeninternen Regeln entschieden. Diese können von jeder Liste nach individuellem Verfahren zusammengestellt werden. Die Kandidaten und ihre Reihenfolge innerhalb einer Liste müssen bis 8. September 2026 feststehen.

Rechtliche Grundlage ist das Grundgesetz: »die Knesset«, eines der insgesamt dreizehn Grundgesetze, die zusammen mit der Unabhängigkeitserklärung von 1948 die gesetzliche Basis für den Staat bilden, da Israel keine mit einem EU-Land vergleichbare Verfassung hat. Am 14. Mai 2026 wurde die Knesset aufgelöst, die gegenwärtige Koalitionsregierung bleibt noch im Amt, bis sich eine neue Regierung gebildet hat. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es wieder eine Koalition werden, denn es treten über 20 Listen (Stand 8. September 2026) zur Wahl an.

Kleinparteien: Wahlbündnisse, Sperrklausel und Reststimmensystem

Die Sperrklausel liegt bei 3,25 %. Israel hatte in seiner Geschichte noch keine Einparteien-Regierung. Viele der kleinen Parteien bilden

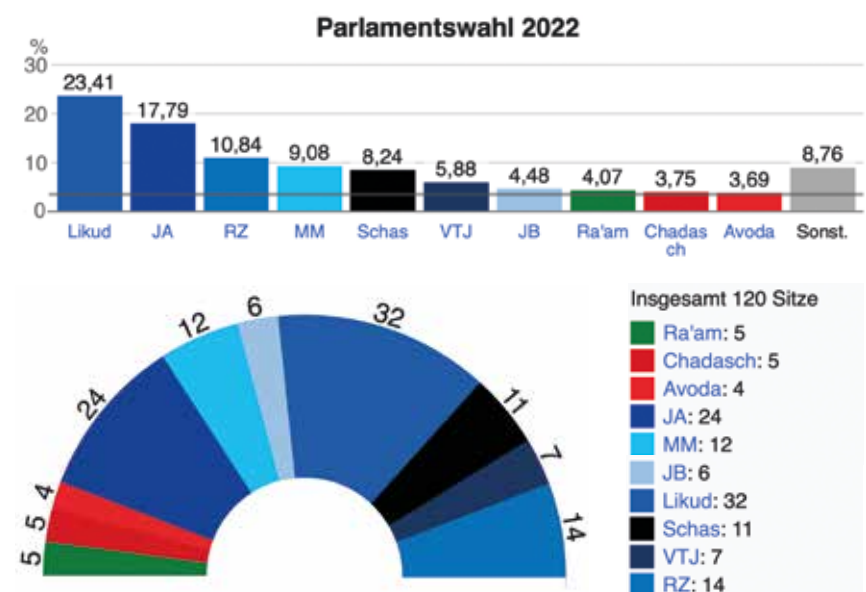
schon vor der Wahl Wahlbündnisse, um gemeinsam diese Hürde zu schaffen und sich die resultierenden Mandate nach der Wahl zu teilen; 3,25 Prozent entsprechen ca. vier Mandaten, schwankend mit der Stimmenverteilung. Zur Verteilung der Mandate, die durch »Reststimmen« offen bleiben, können sich Parteien rein technisch zusammenschließen, um zu verhindern, dass andere Parteien diese Mandate zugesprochen bekommen. Hat eine der beiden Parteien im Wahlbündnis nur eine Stimme mehr als die andere, doch keine der beiden genug für ein weiteres Mandat, dann erhält die Partei mit der größeren Zahl an Reststimmen auch die Reststimmen der »Partnerpartei«. Wenn kein Abkommen existiert, gehen die überzähligen Stimmen proportional an die anderen Parteien. Das kann zu einem weiteren Mandat führen, die Stimmen gehen nicht verloren.

Wobei nicht gesagt ist, dass die Wahlbündnisse überhaupt auch nur

bis zum 28. Oktober halten. Nicht selten spielen gerade Kleinparteien bei der Regierungsbildung das »Zünglein an der Waage«!

Keine Briefwahl

Aktiv wahlberechtigt sind alle Staatsbürger:innen ab dem 18. Lebensjahr, passiv ab dem 21. Lebensjahr. In Israel gibt es keine Briefwahl, wer wählen möchte muss ins Land reisen. Eine Ausnahme bildet der Wahltermin am 20. Oktober für aktive Diplomaten in deren Botschaft. Da relativ viele Israelis im Ausland leben ist ihre Stimme und damit ihre Einreise zur Wahl gerade dieses Jahr von großer Bedeutung. Auch die IDF spielt eine wesentliche Rolle, ein nicht unbedeutender Anteil der israelischen Wählerinnen und Wähler ist aktiv beim Heer oder in der Reserve, einige wichtige Kandidaten waren oder sind in Führungsfunktionen bei der Armee. Haredim (strenggläubige Juden) sind derzeit vom Wehrdienst befreit, Änderungen werden diskutiert, um Prozente ge-



Parlamentswahl 2022, Bilder: Wikimedia Commons

Platz	Partei/Bündnis	Leitfigur	Sitze	Parteilinie
1	Jaschar (»geradeaus«)	Gadi Eisenkot	22–23	Opposition, neue Partei, zentristisch; Eisenkot ehemals National Unity / HaMachane; IDF-Bezug, gilt als Sicherheitsexperte
2	Likud	Benjamin Netanjahu	20–21	Regierung, rechts-national; Netanyahu ist Premierminister 1996–1999, 2009–2021, und seit 29.12.2022.
3	Beyachad (»gemeinsam«)	Naftali Bennett + Jair Lapid	12–15	Opposition rechts-konservativ; Bennet hat Frauen im Team, Lapid ist sekulär-zentristisch (en.idi.org.il)
4	Die Demokraten - HaDemokratim	Yair Golan (ehem. Meretz, ehem. IDF-General, »Held des 7. 10.«)	10–11	Opposition, 2024: Zusammenschluss Arbeiterpartei und Meretz (weiter links), Sozialdemokraten. Kritisieren Angriffe der Regierung auf demo- kratische Einrichtungen.
5	Jisrael Beiteinu	Avigdor Lieberman	8–9	nationalistisch-sekulär; sehr beliebt bei Israelis russischer Abstammung
6	Otzma Jehudit	Itamar Ben-Gvir	8	rechtsextrem/nationalistisch, Sicherheitsminister, beliebt bei Siedlern
6	Vereinigtes Thora- Judentum UJT - Jachdut HaTorah	Jitzchak Goldknopf	7–8	Ultraorthodoxer Zusammenschluss aschkenasisch-haredischer Juden (s.o.), beliebt bei Siedlern
6	Chadasch-Ta'al-Balad	Yousef Jabareen, Ahmad Tibi, Sami Abu Shehadeh	7–9	Gemeinsame Liste arabischer Parteien: Hadash und Ta'al (säkular-links), Balad (säkular arabisch-nationalistisch)
7	Schas	Aryeh Deri	7	Sephardi/Mizrachi ultraorthodox, vertritt Interessen der Haredis (Wehrdienst!)
8	Ra'am-Partei	Mansour Abbas	5	Die bislang rein muslimische Partei hat an zweiter Position den Juden Yoav Segalovitz nominiert.
8	Amcha Israel (Dein Volk Israel)	Ofer Winter und Yoseph Haddad (arab-Israeli)	4	Neu, IDF-General, religiös-national, lehnt 2-Staaten-Lösung ab, will Haredi im Heer
9	Religiöser Zionismus Mafdal	Bezalel Smotrich	5	Mafdal/Smotrich: Regierung (Finanzministerium), religiös-national; Bündnis mit Zehut
	Zehut (Identity)	Moshe Feiglin		
10	Haredi Public	Moti Leitner	0	Aktuell keine 3,25 %, Neu, Haredische Interessen (kein Wehrdienst)
10	Blau-Weiß (»Kachol Lavan«)	Benny Gantz	0	Aktuell keine 3,25 %, Oppositionelles Bündnis bzw. Partei, zionistisch, möchte zentristische Koalition ohne Extremisten

Umfragestand für die Wahl 2026 vom 30. August.2026

feilscht. Somit ist in Vorwahlzeiten der Wehrdienst ein heiß diskutiertes Thema.

Ca. 20 Prozent der Bevölkerung (und damit der Wähler) sind Araber, auch ihr Wahlverhalten ist von Bedeutung. Bei früheren Wahlen wählte nur die Hälfte eine arabische Partei, ob das aktuell so bleibt, ist offen. Auf der anderen Seite stehen die Parteien der Siedler, für die die Regierung den Sektor E1 im Westjordanland freigeben möchte und auch die Diskussion um die palästinensischen Gebiete.

Höchst flexibler Wahlkampf

Gerade vor Wahlen entstehen neue Parteien, wechseln Leitfiguren

von einer Partei zu einer anderen, bilden sich Wahlbündnisse quer durch das politisch-religiöse Spektrum und gehen wieder auseinander. In den großen Parteien sind auch die Leitfiguren von großer Bedeutung, die gelegentlich die Partei wechseln. Ihr Hintergrund und ihre Aussagen gelten oft als Parteiprogramm.

Nach der Wahl beauftragt der Staatspräsident – nach Rücksprache mit den Vertretern aller in die Knesset gewählten Parteien – einen Abgeordneten mit der Regierungsbildung. In der Regel handelt es sich dabei um den Vorsitzenden der Fraktion, die die meisten Stimmen erhalten hat oder den Vorsitzenden einer Koalition, die mehr als 60 Sitze hinter sich

hat. Der vom Präsidenten mit der Regierungsbildung beauftragte Abgeordnete hat dafür 28 Tage Zeit. Der Präsident kann diesen Zeitraum um weitere 14 Tage verlängern. Der Ministerpräsident wird von den Knessetabgeordneten gewählt.

Bis 8. September 2026 mussten die Wahlbündnisse ihre Kandidatenlisten bekannt geben. Eine Regierungskoalition muss mindestens 61 Sitze erreichen.

Auffällig vielleicht: obwohl einige der kandidierenden Parteien (zB. LI-KUD) sich selbst verpflichtet haben, Frauen in ihren Reihen aufzunehmen, gibt es unter den Spitzenkandidaten keine einzige Frau!

MENA- Watch: <https://mena-watch.com/israel-waehlt/>

Jerusalem Post : <https://www.jpost.com/tags/israeli-knesset>

Jüdische Allgemeine: <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/vom-wahlkampf-bis-zur-regierung>

Israel Democracy Institute (IDI): <https://en.idi.org.i>

Reflexionen über moderne Formen des Antisemitismus in Universitäten und Gesellschaft

Interview mit Univ.-Prof. Dr. Kerstin Neumann

Schalom: Sie sind gerade zurück von einem zweiwöchigen Aufenthalt in Israel. Was sind Ihre Eindrücke?

Kerstin Neumann (KN):

Auch wenn ich die Formulierung nicht besonders mag: es herrscht eine »neue Normalität.« Das Trauma des 7. Oktober und der Zeit danach ist allgegenwärtig, die innen- und außenpolitische Lage ist sehr fragil, und trotzdem leben die Menschen ihr Leben. Sie nehmen sehr genau die Vorgänge zu Israel im westlichen Ausland wahr, die steigende Ablehnung, bei der meist nicht zwischen den Menschen und der Regierung unterschieden wird, den signifikant gestiegenen Antisemitismus. Dazu

kommen die Bruchlinien innerhalb der israelischen Gesellschaft, für oder gegen die Regierung, ultra-religiös oder säkular. Die samstagsabendlichen Demonstrationen sind wieder zurück. All das kreiert einen enormen Druck.

S: Und an den Universitäten?

KN: Der 7. Oktober hat sich an den Universitäten eingebrannt. Auch sie beklagen Opfer des 7. Oktober und Gefallene. Sie adaptieren Lehrveranstaltungen und Benotungsschemata, um Eingezogene, die ja oft auch Studierende sind, nicht zu benachteiligen. Kolleg:innen beklagen Boykott und Anfeindungen im Ausland. Da-

bei weiß die Boykottfraktion sehr wenig über israelische Universitäten, die bei der politischen Unabhängigkeit bessere Scores als viele europäischen Unis erreichen und budgetär für Diversität belohnt werden, was insbesondere den Zielwert für arabische Studierende verglichen zum Bevölkerungsanteil von ca. 20 % meint. Die Uni Haifa kommt auf über 40 %.

S: Was war der Anlass für die Reise?

KN: Ich bin dem Land und seinen Menschen tief verbunden und auch der Uni Tel Aviv, an der ich eine Visiting Position innehave. Der Hauptpunkt war die aktive Teilnahme an einer jährlichen, internationalen Konferenz, dieses Jahr ausgerichtet von der Uni Haifa, zum Thema Contemporary Antisemitism.

compercenter.haifa.ac.il/?page_id=539

S: Worum ging es bei der Konferenz?

KN: Der Fokus liegt neben dem »alten«, rechtsradikalen auf modernem Antisemitismus: von weit links bis islamistisch motiviert. Das Verständnis dieser Formen in sämtlichen Lebensbereichen ist gerade im Nachhall des 7. Oktober von elementarer Bedeutung. Insbesondere, dass rechtsradikale, linksradikale und islamistische Ideologien im Antisemitismus und Israelhass eine einigende Klammer haben und dass Antisemitismus und Antizionismus dabei



Foto: Kerstin Neumann

nur eine Seite der Medaille sind. Die andere ist eine fundamental anti-westliche Grundhaltung bis hin zur Bekämpfung der westlichen Wertordnung, freie, demokratische, liberale Werte, universell geltende Menschenrechte, Religionsfreiheit, Gleichstellung der Geschlechter, etc. Israel verkörpert hier die Speerspitze der westlichen Welt. Es geht nicht nur um Antisemitismus und Israel. Es geht um einen Angriff auf unsere Art zu leben. Bernard-Henri Lévy erläuterte, dass Antizionismus Antisemitismus ist, denn heute funktioniert das Signalwort »Israel« als effektivstes Vehikel für Antisemitismus, um Massen zu mobilisieren. Daher auch die Genozidanschuldigung, das schlimmste Verbrechen im internationalen Recht. Kann man Israel einen Genozid anhängen, räumt man die Einzigartigkeit des Verbrechens der Shoa, des Genozids, ab und damit fällt in dieser Denke das Existenzrecht Israels. Ich sage bewusst »anhängen.« Der juristische Nachweis ist nicht erbracht. Viele empirische Fakten sprechen dagegen, und für Israel werden neue Bewertungen erdacht, oder sogar wird »Gaza ist das neue Auschwitz« lanciert.

»Es geht nicht nur um Antisemitismus und Israel. Es geht um einen Angriff auf unsere Art zu leben.«

Aufgrund ihrer fundamentalen Bedeutung für den gesellschaftlichen Diskurs gab es viele Beiträge zu Universitäten, Medien. Es kommt nicht von ungefähr, dass gerade an den besten Universitäten die sehr oft antisemitistisch motivierten Antiisraelaktionen und Boykotttrüfe bereits kurz nach dem 7. Oktober

starteten und sich auf einem unerträglich hohen Niveau einpendelten. Studien belegen die gut orchestrierten, koordinierten und stabil finanzierten Aktionen sowie bereits seit Dekaden substanzielle Finanzaktivitäten bestimmter Akteure in Topunis, z.B. Katar. Und irgendwann kippen dann auch die Narrative sogar in den Qualitätsmedien. Der entsetzliche 7. Oktober ist dagegen fast nicht mehr präsent in der öffentlichen Debatte. Dazu kommt, dass wegen der großen Unkenntnis in allen Schichten der Gesellschaft über die Komplexität des Konflikts, über die Staatsgründung Israels, gerade die sozialen Medien mit ihrer enormen Reichweite Narrative, Emotionen und Stimmungen beeinflussen können und dies auch tun, auch hier sehen wir eine sehr effektive Organisation.

S: Kam bei der Konferenz die Rolle der UNO zur Sprache?

KN: Ja. Die unrühmliche Rolle der UNO und ihrer Unterorganisationen wird wissenschaftlich aufgearbeitet. Die lange Leugnung, die Relativierung der nachgewiesenen extremen sexuellen Gräueltaten der Hamas und ihrer Helfer und des Missbrauchs der Geiseln machen sprachlos. Geleitet von der beeindruckenden israelischen Juristin und Völkerrechtlerin Cochav Elkayam Levy, die 2024 den Israel Prize bekam, hat Israel selbst die systematische, wissenschaftliche Dokumentation dieser Taten vorgenommen, basierend auf Aussagen von Überlebenden, Helfern und Pathologen und dem vielen Bildmaterial der Terroristen selbst. Sie sprach auf der Konferenz und erläuterte, dass sie neue Konzepte im internationalen Recht entwickeln mussten, um der Welt begreifbar zu machen, was am



Foto: Uni Innsbruck

Kerstin Neumann ist seit September 2016 Universitätsprofessorin für Corporate Sustainability & Strategy an der Fakultät für BWL der Universität Innsbruck. Sie promovierte und habilitierte an der WU Wien und war einige Jahre an der Università Bocconi, Mailand. Sie ist Gastforscherin an der Tel Aviv University, Collier School of Management, und lebt in Wien. <https://www.uibk.ac.at/en/iol/sustainability/team/kerstin-neumann/>

Der Beitrag wurde auf Basis eines kurzen Interviews im Juli 2026 und schriftlicher Auskunft verfasst. Er spiegelt ihre persönliche Meinung, nicht die ihrer Institution, wider.

7. Oktober passierte, da bestehende Konzepte nicht ausreichten. Nur wurde außerhalb Israels wieder nur wenig über den Report berichtet.

<https://www.civilc.org/silenced-no-more>

ACHTUNG, enthält Darstellung extremer Gewalt.

S: Was kann man tun?

KN: Wenn Sie mich als Uniprofessorin fragen: die Unis müssen den Israel-boycott boykottieren, und viele tun es auch. Momentan haben wir aber ca. 40 westliche Unis, meist aus Belgien, Irland, Italien, Niederlande und Spanien, in denen die Unileitungen wissenschaftliche Kooperationen mit israelischen Institutionen per Weisung untersagen. Dadurch fällt Israel oft schon ex ante aus internationalen Forschungskonsortien, aus Angst selbst wohlwollender Kolleg:innen, andere Partner zu verlieren, also ein antizipatorischer Boykott. Israelische Kolleg:innen werden »aus Sicherheitsgründen« nicht zu Vorträgen geladen, ein leiser Boykott. Kooperationspartner werden nicht mehr nach Exzellenz, wissenschaftlicher Kapazität und Ressourcen ausgewählt, sondern nach politischer Legitimation. Dies schadet Israel, aber noch mehr unserem etablierten, höchst erfolgreichen System der freien akademischen Kooperation, das fundamental zu unserem gesellschaftlichen Wohlstand und Demokratie beiträgt. Viele Unis implementieren bereits wirksame Mechanismen, z.B. Notfallpläne und Kompetenztrainings, Vertrauenspersonen für jüdische und Israel verbundene Uni-angehörige sowie Verantwortliche in höchsten Leitungsebenen und in Büros für internationale Beziehungen.

S: Gibt es Uni-übergreifende Initiativen?

KN: Ja. So setzt z.B. das Israel-Zentrum (AIANI) der Uni Innsbruck



Foto: Kerstin Neumann

viele Initiativen, um Kooperationen mit Israel zu stärken, gründete ein Netzwerk aus österreichischen und deutschen Unis, um gemeinsam Strategien der Boykottabwehr zu entwickeln. Der österreichische FWF und die deutsche DFG, die beiden großen Forschungsförderungsanstalten, haben vor kurzem bilaterale Förderungsschienen mit der ISF, ihrem israelischen Pendant, aufgelegt, um dezidiert Kooperationen anzureizen, ein großartiges Signal. Viele Wissenschaftler:innen vernetzen sich individuell über Uni-, Fakultäts- und Ländergrenzen hinweg. Ich wünsche mir jedoch mehr koordinierte, institutionelle Initiativen, auch von der Rektor:innenkonferenz.

»Uns allen sollte endlich klar sein, es geht nicht um »sie« und »uns«, es gibt nur ein gemeinsames »Wir.««

S: Und außerhalb der Unis?

KN: Wir müssen endlich zu einer kritischen Masse werden, die offen gegen Antisemitismus und Israelhass aufsteht, jüdische Menschen hier in Wien, in Europa, Israelis wirksam

unterstützt. Ich meine die nicht-jüdische, sogenannte Mehrheitsgesellschaft. Uns allen sollte endlich klar sein, es geht nicht um »sie« und »uns«, es gibt nur ein gemeinsames »Wir.« Man kann etwas tun: antisemitische Schmierereien nicht hinnehmen, Angriffe melden, sich bilden, bei Diskussionen aufzeigen, Veranstaltungen der jüdischen Community besuchen, nach Israel reisen. Zudem sind größere Allianzen und Initiativen notwendig, über alle Konfessionen, Gesellschaftsschichten hinweg, wie z.B. das Netzwerk gegen Antisemitismus in Wien (nächste Demonstration: Platz der Menschenrechte, Wien, 11.10., 17.00). Auch von der ÖIG wünsche ich mir viel mehr, regelmäßige Events und Interventionen, um in die Gesellschaft hineinzuwirken. Wir alle müssen helfen, das jetzt vorherrschende negative Narrativ über Israel wieder zu drehen und jüdisches Leben in Wien und Österreich zu schützen und zu stärken.

Basketballstar Miki Berkovich

Von Bettina Müller

Israel sorgt sich um einen der größten Athleten des Landes: Mosche Michael (Miki) Berkovich, Basketballstar im Europameister-schaftsteam und Mitglied von Maccabi Tel Aviv ist an Demenz erkrankt. Einer seiner letzten Auftritte war 2024, als er den Israel-Preis erhielt. Der 1954 in Kfar Saba als Sohn rumänischer Einwanderer geborene Sportler begann seine Karriere bei Makkabi Tel Aviv im Alter von 11 Jahren bei Yehoshua Rozin als Trainer und wechselte mit 17 zur Super-Liga, dem besten Team in Israel und erreichte mit ihnen den 4. Platz bei den U18-Europameisterschaften und mit der Nationalmannschaft eine Goldmedaille bei den Asienspielen 1974.

Er spielte auf der Position des Shooting Guard – eine Position im hinteren Bereich, die oft mit kleineren, schnellen Spielern besetzt wird, die die besten Distanzwürfe beherrschen. Mit ihm gewann Israel zweimal den Europa-Cup: in den Jahren 1977 und 1979, außerdem 16 Superliga-Meisterschaften und 13 National-



Foto: Government Press Office (Israel), CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

meisterschaften. »Er war nicht nur ein Siegertyp, er konnte das ganze Team mitziehen« beschreibt Shimon Mizrahi, Präsident von Makkabi Tel Aviv, den achtsamen Teamgeist seines Stars. In den 1980ern wechselte Berkovich den Verein, zuerst zu Maccabi Rischon LeZion, später Hapoel Jerusalem und Hapoel Tel Aviv, 1995 zog er sich nach 165 Spielen und 2.842 Punkten, seit 1991 unter die 50 von FIBA geehrten besten Spieler gereiht, vom Wettkampfsport zurück, schrieb seine Autobiografie und wur-

de Besitzer des Basketballclubs Ramat HaScharon, in dem seine zwei Söhne Ro'i und Niv eine Zeit lang spielten. Gemeinsam mit seiner Frau Shelly und vielen Freunden kümmern sie sich jetzt um ihn und sorgen für eine trotz der Krankheit angenehme und wertschätzende Umgebung.

<https://www.ynetnews.com>

Veranstaltungstipp:

Wien gegen Antisemitismus

11.10. 2026 – 17:00 | Platz der Menschenrechte
Ecke Museumsquartier/Mariahilfer Straße 1, 1070 Wien
organisiert von Netzwerk gegen Antisemitismus

<https://zeit.diebin.at/events/9056>



Foto: Magnific

Landwirtschaftliche Forschungsorganisation ARO/Volcani-Institut

Von Bettina Müller

Israel ist führend in landwirtschaftlicher Forschung. Die klimatischen Voraussetzungen im Land verlangten schon vor der Staatsgründung Auseinandersetzung mit Wassermangel und Dürreperioden. Ein Thema, das bedingt durch den Klimawandel auch in Österreich zunehmend finanzpolitische Entscheidungen beeinflussen wird!

Dürre in Österreich – Agrarumweltprogramm des Landwirtschaftsministeriums

Eine Vegetationsperiode fast ohne Regen, Temperaturen um 40 °C. Die vergangenen zwölf Monate waren die trockensten seit Beginn der Aufzeichnungen 1850, insgesamt beträgt der Ausfall in der Landwirtschaft bisher rund 30 Prozent der durchschnittlichen Produktion in den Jahren 2019-2025. Der Schaden beträgt laut Hagelversicherung eine Milliarde Euro.

Die Regierung hat ein Hilfspaket von 240 Mio. Euro für die betroffenen

Betriebe bewilligt. Aber Entschädigungen allein reichen nicht. NEOS-Abgeordneter Michael Bernhard: »Wir dürfen nicht nur die Symptome bekämpfen, sondern müssen an die Ursache. Über die unmittelbaren Entlastungsmaßnahmen hinaus hat sich die Bundesregierung im Rahmen des Dürrepakets darauf verständigt, zentrale umwelt- und klimapolitische Vorhaben voranzutreiben.«

Bereits im Vorfeld würden zudem bürokratische Erleichterungen bei der Abwicklung von Fördermaßnahmen im Agrarumweltprogramm umgesetzt, dazu zählen

auch Anpassungen an die Folgen des Klimawandels, etwa durch die Züchtung trockenheitstoleranter Sorten oder die Förderung effizienter Bewässerungssysteme und nachhaltiger Bewirtschaftungsmethoden.

Israel: Anpassungen an die Folgen des Klimawandels

Es gab noch keinen Staat Israel, da gab es schon Forschung zu Dürre und Trockenheit im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina. Der trockene, magere Boden verlangte hohes landwirtschaftliches Knowhow, um die Früchte zu bringen, mit denen der junge Staat Israel



Tröpfchenbewässerung in Israel, Foto: Avishai Finkelstein



Entsalzungsanlage Hadera, Foto: IDE Technologies

später neben der Selbstversorgung auch Handel treiben konnte.

Der in Russland geborene Agronom und Mikrobiologe Yitzhak Elazari Volcani aus Ben Shemen gründete im Jahr 1921 das Volcani-Institut, seit 1971 auch unabhängige Landwirtschaftliche Forschungsorganisation ARO des Israelischen Landwirtschaftsministeriums. Zehn Jahre nach der Gründung übersiedelte es nach Rehovot und hat jetzt seinen Hauptsitz in Rishon LeZion.

Die bis heute gültigen Forschungsschwerpunkte der ARO ergaben sich aus den Voraussetzungen des Landes:

- Landwirtschaft bei Wasserknappheit und magerem Boden
- Wasserrecycling und -desalinierung
- Ackerbau in ökologisch sensiblen und schutzwürdigen Regionen
- Süßwasseraquakultur bei Wassermangel
- Nachhaltige Schadorganismenkontrolle und Lagerhaltung
- Samenbanken zur Erhaltung der Artenvielfalt
- Nachhaltige Entwicklung und Zucht von an Umweltstress angepassten Nutzpflanzen und -tieren

Ideale Forschungsbedingungen – Geniestreich Tröpfchenbewässerung

Das von jeher unter Wasserknappheit leidende sehr trockene Land

Israel hat die besten Voraussetzungen für eine derartige Forschungsstation mit der Aufgabe, die Lebensmittelversorgung in im Land und weltweit auch unter verschärften Klimabedingungen nachhaltig zu gewährleisten. Israel hat die Tröpfchenbewässerung erfunden: bei 40 Prozent weniger Wasserverbrauch bis zu 50 Prozent mehr Ausbeute. Eingesetzt und optimiert im Kibbuz Hatzerim.

Die ARO ist Hightech-Spezialist: So werden in der Gentechnik heutzutage nicht mehr künstliche neue Gene in vorhandene Genome eingebaut, sondern gezielt geschädigte Gene »inaktiv geschaltet«, mit kreislaufgeschlossenen Energie-Wasser-Nährstoff-Management Klimata für Pflanzen- und Tierzucht in Hallen installiert, Samenbanken aufgebaut, deren Genpool die Artenvielfalt erhöht und energiesparende Lager- und Transportsysteme für höhere Distanzen entwickelt. Seit 2006 gibt es eine eigene Bio-Forschungsschiene.

Die ARO ist gut vernetzt mit den größeren Universitäten wie zB schon seit den 1940ern mit der Hebrew University Jerusalem Israel (HUJI), der Privatwirtschaft (Landwirte und Agro-Industrie) und internationalen Organisationen in den USA und der EU, aber auch im wissenschaftlichen Austausch mit China und Indien. Im Juni 2017 musste sogar die UNESCO

zugeben, dass Israel mit der ARO in der Agro-Forschung eine entscheidende Rolle spielt.

In fein abgestimmten »interaktiven« Zuchtprogrammen werden KI-Steuerung, Drohnen-Monitoring oder Bio-Engineering eingesetzt, mit denen eine optimale Ausbeute unter nachhaltigen Planungsvoraussetzungen erzielt werden kann. In Rishon LeZion arbeiten 6 Institute daran, zusätzlich gibt es noch 2 Forschungsstationen in Neve Ya'ar (im Norden nahe Bethlehem) und Gilat (im Süden in der Negev-Wüste).

Landwirtschaftsminister Totschnig 2022 von israelischer Forschung beeindruckt

Im Jahr 2022 reiste der österreichische Landwirtschaftsminister Herbert Totschnig nach Israel und besichtigte auch das Forschungszentrum in Gilat. »Beim wirtschaftlichen Einsatz von Wasser in der Landwirtschaft ist Israel sogar weltweit die Nummer Eins. Die Entwicklung und Anwendung der Tröpfchenbewässerung wurde perfektioniert. In Österreich haben wir das Glück, über ausreichend Wasser zu verfügen.« Damals, 2022!

Aber der Minister dachte vorausschauend: »Hier können wir durch internationalen Austausch und Vernetzung noch besser werden.«

Von Bettina Müller

ALLES FLIESST!

An 25 israelischen Kreuzungen hat das staatliche Infrastrukturunternehmen Netivei Israel – the National Transport Infrastructure Company – testweise 170 AI-gesteuerte Ampeln aufgestellt und pro Tag und Kreuzung gleich mehrere 100 Stunden Wartezeit für alle dort eingespart. Das System nutzt vorhandene Kameras, die Kreuzungen kontrollieren, zur Steuerung der Ampeln. Es misst Zahl und Geschwindigkeit nahender Verkehrsteilnehmer

und berechnet so die Ampelphasen. Und es lernt mit jedem Verkehrsteilnehmer, der ihm vor die Kamera gerät, auch Radfahrer und Fußgänger.

In fünf Jahren könnten an 750 bedeutenden israelischen Kreuzungen mit bis zu 80.000 Verkehrsteilnehmern pro Tag pro Verkehrsteilnehmer 25 Sekunden Wartezeit eingespart werden. Das sind dann wie viele Megastaus?

Globes: <https://en.globes.co.il/en/article-the-answer-to-israels-jammed-roads-smart-traffic-lights-1001552373>

Fa. ITC: <https://itc.city/> Netivei: https://www.gov.il/en/departments/Units/directorate_lanes_israel

GRATULATION! YOTAM BUTNIK – INFORMATIK- UND MATHESTAR!

Mitten im Sommer, während der Schulferien, hat ein israelischer Schüler fleißig Mathebeispiele gelöst. Yotam Butnik aus Rehovot hat bei der 67. Mathematik-Olympiade in Shanghai eine Goldmedaille gewonnen. Angetreten ist er gegen 600 weitere Schüler unter 20 Jahren aus 117 Ländern. Dann im August 2026 – immer noch Schulferien – gewann er wieder, diesmal die Goldmedaille der Informatik-Olympiade in Tashkent/Usbekistan. Diesmal gegen 386 Teilnehmer aus 97 Ländern, die gerne stolz die Fahnen ihrer Länder zeigten. Einige

durften das nicht: neben Russen und Belorussen auch Israelis. Bei der Bekanntgabe der Ergebnisse wurde die Nationalität nicht genannt, weil Usbekistan Israelische Symbole wegen des Gazakriegs ablehnte. Yotam Butnik aber zog am Podest eine Fahne heraus und hüllte sich darin ein. Dass man ihm nachher den Sieg von Seiten Usbekistans aberkannte, erschütterte ihn nicht, seine Leistung könne niemand rückgängig machen.

Gratulation! Zum Sieg und auch zum Mut!

<https://www.israelnetz.com/goldmedaillengewinner-wegen-israelischer-flagge-disqualifiziert/>
<https://embassies.gov.il/taipei/en/news/gold-israel-mathematics>

STEUERSTUDIE ZEIGT: VOR ALLEM GUTVERDIENER AM KARRIERE-HÖHEPUNKT GEHEN

Die israelische Steuerbehörde verzeichnet seit 2023 im Vergleich zur Zeit vor COVID einen Verlust von 700 Mio. NIS/Jahr. Besserverdienende Techniker, Gesundheitsfachleute und Menschen am Beginn ihrer Karriere wandern aus. Das liegt nicht nur an der Pandemie und ihren Spätfolgen, sondern sehr wohl auch an der politisch-militärischen aktuellen Lage seit 2023. Dass schlechter verdienende Bevölkerungsgruppen selten auswandern, fällt weniger

ins Gewicht, weil das obere Einkommenszehntel 67 % der Steuerlast trägt. Vor allem in der Altersgruppe der 40-50-jährigen, also oft am Höhepunkt ihrer Karriere, wandern viele aus. Für die Studie wurden vor allem die Einkommenssteuererklärungen von Selbständigen herangezogen, die mindestens drei Jahre in Israel gelebt hatten, bevor sie für mindestens 90 Tage in ein anderes Land gingen.

Globes, Israel business news: en.globes.co.il

GAZAGENOLIE

Die Deutschen Plattformen Honestly Concerned und ILI-News stellen eine neue Initiative vor, die sich auf das Aufdecken der falschen Völkermord-Vorwürfe gegen Israel spezialisiert hat.

Ein Lügen-Puzzle von acht Steinen zum Völkermord-Vorwurf:

1. Planung und Organisation des Massakers am 7 Oktober und des Genozid-Vorwurfs durch die Hamas noch vor Israels Angriff.
2. Ein wesentlicher Teil der von der IDF getöteten »Journalisten« wurden als Hamas-Terroristen identifiziert.
3. Falsche Verwendung des juristischen Begriffs Genozid für eine international definierte Form von Verbrechen, die Israel nicht begangen hat.
4. Einsatz von menschlichen Schutzschilden über militärisch genutzte Tunnels unter zivilen Einrichtungen.
5. Israels formulierte Kriegserklärung richtet sich gegen den Terror der Hamas und nicht gegen die palästinensische Zivilbevölkerung.
6. Nachgewiesen gefälschte Bilder mit irreführenden Aussagen in den Medien.
7. Der Jahrzehnte alte Genozid-Vorwurf gegen Israel wendet sich knapp nach einem Massaker an Juden gegen Juden weltweit.
8. Die Genozid-Kampagne ist nur der neueste Name für die antisemitische falsche Bezeichnung von Israel oder Juden generell, besonders hinterhältige Verbrechen zu begehen.

<https://gazagenolie.com>

UN-WATCH - INTERAKTIV-PLATTFORM

Eine 1993 gegründete non-Profit-Organisation mit Sitz in Genf, die speziell die UNO auf Transparenz und Einhaltung der Menschenrechte beobachtet. Seit den Skandalen rund um Hamas-Mitglieder in den Reihen des Palästinenser-Hilfswerks UNRWA ist es leider auch notwendig, die ganze UNO genauer auf antisemitische Aktivitäten zu beobachten. UN-Watch hat in einem Report 490 UNRWA-Mitarbeiter genannt, die entweder Mitglieder in

Terrornetzwerken waren oder Massenmord glorifizieren. Der Report ist als interaktive Plattform dargestellt, die Verbindungslinien zwischen den Akteuren zieht. Laut UN-Watch ist an der Zeit, der UNRWA die Mittel zu entziehen, mit denen sie den Terror mitfinanziert.

<https://unwatch.org/unrwa-terror-network/>

Petition: actionnetwork.org/petitions/replace-unrwa/

ARBEITSKRÄFTESCHWUND & LANGFRISTIGE WIRTSCHAFTSFOLGEN

Studien zeigen: Die Gehälter in Israel steigen seit letztem Sommer, der Konsum aber nicht. Die Zahl an Arbeitskräften und auch Studierenden sinkt, v.a. bei jungen Männern unter 34 Jahren (speziell in der Gruppe der 18-24jährigen). Bei arabischen Frauen steigt die Zahl der Berufstätigen, bei Ultraorthodoxen liegt sie konstant bei 53 %. Auch die Arbeitslosenrate liegt konstant niedrig bei 3,5 %. (so der Chefökonom des Finanzministeriums)

Der Grund ist der Verlust von 250.000 jungen Israelis, die entweder im Krieg verwundet oder getötet wurden oder samt ihrem guten Einkommen ins Ausland gegangen sind. (Studie Prof. Momi Dahan of the Hebrew University en.momidahan.huji.ac.il/)

Sollte sich die Konjunktur irgendwann stabilisieren, wird sich der Krieg durch nachhaltigen Arbeitskräftemangel noch länger auswirken.

en.globes.co.il/en/article-israels-fast-rising-average-wage-is-misleading-1001552714

www.gov.il/BlobFolder/reports/israel-economy-recent-trends/en/Files_eng_israel-economy-recent-trends.pdf

Israel schafft sich ab

Mit »Israel schafft sich ab« legt der Autor eine ebenso engagierte wie provokante Analyse der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung Israels vor. Schon der Titel formuliert eine drastische These: Die größte Gefahr für den jüdischen Staat komme nicht allein von seinen äußeren Gegnern, sondern zunehmend aus seinem Inneren. Das macht das Buch aus dem Jahr 2012 angesichts der Wahlen vom Oktober 2026 in Israel erneut aktuell.

Im Mittelpunkt steht die Sorge um den liberalen und demokratischen Charakter Israels. Beschrieben wird eine Gesellschaft, deren politische Lager immer weiter auseinanderdriften. Der wachsende Einfluss nationalistischer und religiöser Kräfte, der Streit um Rechtsstaat und Justiz sowie die ungelöste Palästinenserfrage erscheinen dabei nicht als voneinander getrennte Probleme. Sie verstärken sich gegenseitig und stellen die Frage, welches Israel künftig bestehen soll.

Besonders eindringlich ist das Buch dort, wo es den Widerspruch zwischen dem Anspruch Israels, jüdischer und demokratischer Staat zu sein, und der Realität der Besatzung thematisiert. Dabei steht gerade die Sorge um eine gute Zukunft im Mittelpunkt. Das Buch ist vor dem 7. Oktober 2023 geschrieben und diese Tatsache macht die Analyse der Problemlagen noch eindringlich.

Man muss nicht allen Schlussfolgerungen des Autors folgen. Manche Zuspitzung wirkt bewusst alarmistisch, gelegentlich hätten Gegenpositionen ausführlicher dargestellt werden können. Dennoch liegt darin auch die Stärke des Buches: Es zwingt dazu, sich mit Entwicklungen auseinanderzusetzen, die Israels demokratische Grundlagen langfristig verändern könnten. »Israel schafft sich ab« ist deshalb weniger eine Abrechnung als ein politischer Weckruf – und ein Plädoyer für ein Israel, das Sicherheit, Demokratie, Menschenrechte und eine politische Lösung



Gershom Gorenberg:
Israel schafft sich ab
Campus Verlag 2012
ISBN 978-3-86259-119-0
€ 7,35

des Konflikts nicht als Gegensätze begreift. Und das gilt auch nach dem 7. Oktober 2023.

Das Israelpseudos der Pseudolinken

Das Buch setzt sich kritisch mit dem Verhältnis bestimmter Teile der politischen Linken zu Israel, Zionismus und Antisemitismus auseinander. Im Zentrum steht die These, dass sich hinter einer vermeintlich ausschließlich politischen »Israelkritik« nicht selten Ressentiments und Denkmuster verbergen, die an traditionelle Formen des Antisemitismus anschließen. Es geht dabei nicht um die Zurückweisung legitimer Kritik an israelischer Regierungspolitik. Problematisch wird es dort, wo aus Kritik Dämonisierung wird, Israel

ausschließlich als kolonialistisches oder rassistisches Projekt beschrieben und letztlich seine Existenzberechtigung infrage gestellt wird.

Antisemitismus tritt dann nicht mehr in seiner traditionellen rechten Form auf, sondern bedient sich einer vermeintlich progressiven Sprache von Antikolonialismus, Antiimperialismus und Menschenrechten. Es geht um die Auseinandersetzung mit den Widersprüchen innerhalb linker Politik. Während sich diese, ihrem Selbstverständnis nach, gegen

Rassismus, Nationalismus und Diskriminierung richtet, wird Israel von Teilen der Linken mit Maßstäben beurteilt, die gegenüber anderen Staaten kaum Anwendung finden. Israel erscheint dabei nicht als konkrete Gesellschaft, sondern als Projektionsfläche für Imperialismus, Kolonialismus und westliche Herrschaft. Das Buch fordert deshalb eine kritische Selbstprüfung linker Israelbilder. Seine Stärke liegt darin, aufzuzeigen, wie sich antisemitische Vorstellungen auch in einer Sprache artikulieren können, die sich selbst

als antirassistisch und emanzipatorisch versteht.

Man muss nicht jeder Polemik, Zuspitzung und Schlussfolgerung folgen, um den Wert des Buches anzuerkennen. Jedenfalls aber bleibt die zentrale Frage aktuell: Wie lässt

sich legitime Kritik an israelischer Politik von Dämonisierung, doppelten Standards und der Infragestellung jüdischer Selbstbestimmung unterscheiden? Als Beitrag zu dieser notwendigen Debatte ist das Buch ebenso Streitbar wie lesenswert.

Michael Landmann : **Das Israelpseudos der Pseudolinken**

ça-ira-Verlag 2013, ISBN 978-3-86259-119-0, € 20,00



Umkämpfte Geschichte – Widerstand gegen die Umdeutung des 7. Oktober



Klaus Bittermann, Christoph Hesse: **Umkämpfte Geschichte**

Edition Tiamat 2026

ISBN 978-3-89320-335-2

€ 28,00

Kaum ein Ereignis der jüngeren Geschichte wurde so schnell zum Gegenstand erbitterter Deutungskämpfe wie das Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023. Der von Klaus Bittermann und Christoph Hesse herausgegebene Sammelband »Um-

kämpfte Geschichte« setzt genau hier an. Seine Autorinnen und Autoren untersuchen, wie sich die Wahrnehmung des Massakers und des anschließenden Gaza-Krieges verändert hat und welche Rolle Antizionismus und Antisemitismus dabei spielen.

Die zentrale Stärke des Bandes liegt in seiner Weigerung, den 7. Oktober lediglich als Vorgeschichte des Gaza-Krieges zu behandeln. Die Ermordung, Verschleppung und Miss-handlung israelischer Zivilisten werden als eigenständiges historisches Ereignis ernst genommen. Zugleich fragen die Beiträge, warum die Solidarität mit den Opfern in Teilen der westlichen Öffentlichkeit so rasch einer fundamentalen Anklage Israels gewichen ist.

Besonders interessant ist die Vielfalt der Zugänge. Eva Illouz untersucht das Verhältnis von Antizionismus und Antisemitismus, Jeffrey Herf und Norman Goda analysieren den Genozidvorwurf gegen Israel. Paul Berman verfolgt antisemitische und antizionistische Strömungen innerhalb der amerikanischen Studenten-

bewegung historisch zurück. Bittermann selbst richtet den Blick auf die radikale Linke und deren Verhältnis zu Israel und zum palästinensischen Terrorismus.

»Umkämpfte Geschichte« ist kein neutraler Überblick über die unterschiedlichen Positionen im Nahostkonflikt – das ist nicht der Anspruch des Buches. Es setzt bewusst einen Kontrapunkt zu einer Debatte, die sie als zunehmend einseitig und von einer Dämonisierung Israels geprägt ansehen. Darin liegt der Wert dieses Bandes. Er zwingt dazu, Begriffe wie Antizionismus, Genozid, Widerstand und Antisemitismus genauer zu hinterfragen. Vor allem erinnert »Umkämpfte Geschichte« daran, dass die Auseinandersetzung um den 7. Oktober auch eine Auseinandersetzung um Erinnerung und damit um Geschichte ist. Wer bestimmt, wie dieses Ereignis in Erinnerung bleibt, bestimmt ein Stück weit auch, wie kommende Generationen den israelisch-palästinensischen Konflikt verstehen werden.

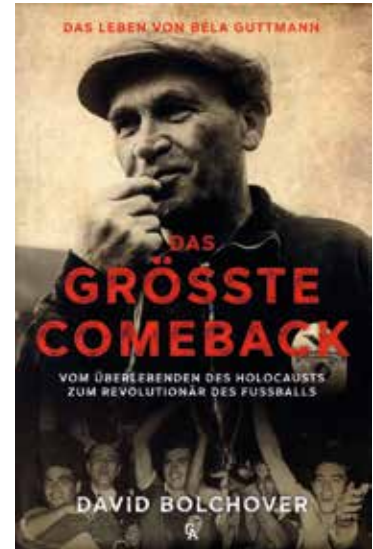
Das größte Comeback

David Bolchovers »Das größte Comeback« ist die Geschichte des ungarischen Juden Béla Guttmann, dessen Leben exemplarisch für Verfolgung, Überleben und einen geradezu unglaublichen Neubeginn nach der Shoah steht. Guttmann, 1899 in Budapest geboren, war erfolgreicher Fußballer und später ein rastloser Trainer, dessen Karriere ihn durch zahlreiche Länder und Kontinente führte. Als ungarischer Jude überlebte er die nationalsozialistische Verfolgung, während ein großer Teil seiner Familie ermordet wurde. Die Leistung des Autors besteht darin, diese sportlichen Triumphe nicht von Guttmanns Lebensgeschichte zu trennen. Hinter dem Sportler Guttmann wird ein Mensch sichtbar, dessen Biografie von Antisemitismus, Flucht und Verlust geprägt war. Gerade deshalb ist der Titel »Das größte Comeback« treffend. Gemeint ist nicht bloß die Rückkehr zum Fußball, sondern die Selbstbehauptung eines Menschen nach dem Versuch

seiner vollständigen Entrechtung und Vernichtung.

Nach 1945 kehrte Guttmann nicht nur ins Leben, sondern auch in den internationalen Spitzenfußball zurück. Als Trainer arbeitete er in zahlreichen Ländern und wurde zu einem frühen Weltbürger des Fußballs. Seinen größten Triumph feierte er mit Benfica Lissabon: 1961 und 1962 gewann er zweimal den Europapokal der Landesmeister. Ein jüdischer Überlebender der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik stand damit keine zwei Jahrzehnte nach der Shoah an der Spitze des europäischen Fußballs. Das »größte Comeback« ist nicht allein sportlich gemeint. Es ist die Geschichte eines Menschen, dem aufgrund seiner jüdischen Herkunft das Recht auf Leben abgesprochen worden war und der sich dennoch seinen Platz in der Welt zurückeroberte. Bolchover setzt Béla Guttmann damit ein eindrucksvolles Denkmal. Sein Buch handelt von

Fußball, vor allem aber von Antisemitismus, Überleben und jüdischer Selbstbehauptung – und von der ungeheuren Kraft, nach der Katastrophe wieder aufzustehen.



David Bolchover:
Das größte Comeback

G-ADAM Verlag, 2026
ISBN 978-615-6345-59-2
€ 28,00

Österreich – Israel

24.9. 2026 – 20:45 | Raiffeisen Arena Linz

UEFA Nations League 2026/27 - Liga B | Gruppe B3 KM 1. Runde

Am Spieltag 1 der UEFA Nations League startet Österreichs Nationalmannschaft gegen Aufaktgegner Israel mit einem Heimspiel in Linz in die Gruppe B3.

